Morgen-Ausgabe

Groß-Berlin 30 Pf., auswärts 40 Pf.

Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags u. Montags mal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Moden-spiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden tag Vrigbleit „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Post-alten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, emburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Finnlands; für alle übr. Staaten tsch. Zeitung.. Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. 15 M. b. tägl. zweimal. telig. ins Haus. Unter Kreuzbd. monatl. f. d. Inland 28 M. u. Ausland 36 M. Im Falle höh. Gewalt Streiks hab. uns. Betrieb. kein. Anspr. a. Nachlief. od. Erstatt. d. entspr. Entgelts. In Groß-lin abonn. man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. b. nebenstehd. aufgeführt. alen. (Fernspr.: Zentrum 10181—10184, f. b. Fernnetz. 14297—14299.) Tel.-Adr.: „Berlidia", Berlin. ertionspreis: Zeile 10 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 8 M. Nachrufe nach übl. Tarif. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 38; Zimmerstraße 50; Königstraße 56/57; Lustr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 236 u. 246; Blücher-straße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 16; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Boxstr. 61; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hariettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Str. 3; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Lauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Sparrstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Lichterfelde-West: Karlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kath.-Friedrich-Str. 247/48; Bank-ow: Bornholm. Str. 1; Schulstr. 38; Schmargendorf: Breite Str. 2; Schöneberg: Hauptstr. 39/41; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wil-mersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöne-weide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 38; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Parodepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

390 • Ausgabe A Nr. 197
gabe für Berlin und Umgegend Nr. 390

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 20. August 1921
50. Jahrgang

Beginn des Verfahrens im Völkerbundsrat.

Der Auftrag zur Berichterstattung an Spanien erteilt.

Verlesung des Berichts am 29. August.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 19. August.

s wird gemeldet, der Völkerbundsrat sei bemüht, bei der Be-lung der oberschlesischen Frage keine unnötige Zeit zu verlieren. rn und heute fanden wieder verschiedene Besprechungen der in s anwesenden Mitglieder des Rates statt und als ein Ergebnis heute eine Note veröffentlicht, die mitteilt, daß nach dem bisher gen Verfahren der Vorsitzende des Rates, Vicomte Ishii das nische Mitglied Quinones de León gebeten hat, Berichterstattung in der oberschlesischen ge zu übernehmen. Der Berichterstatter werde die Auf-haben, dem Rat einen objektiven Tatsachenbericht zu unter-n, durch den die Mitglieder des Rates über die ierigkeiten in der oberschlesischen Frage unterrichtet n, welche die Entschließung des Obersten Rates erwähnt. weiteren Mitteilungen wird der spanische Vertreter am ugust seinen Bericht verlesen, der gleichzeitig ge-an alle Mitglieder verteilt werden wird. Entweder wird man sofort in die Besprechung eintreten oder die Sitzung vertagen, sich die Mitglieder noch mit der Angelegenheit näher be-gen und über etwaige gewünschte Ergänzungen Erkundigungen hen könnten. Es wird jetzt noch bekannt, daß man sich in den gestrigen Besprechungen der Völkerbundsratsmitglieder mit der Frage beschäftigt hat, ob der Rat noch mit einem zweiten Brief des Obersten Rates, den gleichfalls Briand in seiner Eigenschaft als Präsident unterzeichnet hat, zu befassen haben würde und in welchen dem Völkerbundsrat „die Schwierigkeiten, welche die Ziehung der Grenze in Oberschlesien darbietet", auseinandergesetzt worden waren. Die Besprechungen haben dazu geführt, daß dieser zweite Brief nicht übermittelt werden wird, sondern, daß der Oberste Rat sich darauf beschränkt, dem Völkerbundsrat das Aktenmaterial in dieser Angelegenheit zu übermitteln, ohne daß dieses Aktenmaterial von einer Mitteilung begleitet sein würde. Es wird aber, wie bereits gemeldet, der Vertreter Spaniens sofort den Auftrag erhalten, „einen objektiven Tatsachenbericht zur Information der Mitglieder des Rates" vorzulegen. In maßgebenden Kreisen erklärt man, daß diese Entscheidung aus verschiedenen Gründen nicht unwichtig sei. Zunächst stelle es den ersten Akt des Verfahrens des Obersten Rates dar, zweitens bringe sie den Beweis dafür, daß die Prüfung des Streitfalles tatsächlich schon begonnen hat und drittens beweise die Ernennung eines Berichterstatters noch vor dem Zusammentritt des Rates, daß der Rat des Völkerbundes die Absicht habe, die Angelegenheit so wenig wie möglich in die Länge zu ziehen.

Paris, 19. August. (W. T. B.)

Nach einer Blättermeldung aus Warschau ist der polnische Gesandte in Paris, Graf Zanowski, in Warschau angekommen und hat dem Ministerrat einen ausführlichen Bericht über den Stand der oberschlesischen Angelegenheit erstattet.

Die Deutschen Großrumäniens.

Die „Magna Charta" von Karlsburg. — Geeinte deutsche Arbeit. Der Auszug der Deutschen aus dem Parlament. — „Tine minte!"

Von unserem Sonderkorrespondenten

Theodor Berkes.

Hermannstadt, im August.

Auf fremden Boden kolonisierend, von fremden Herrschervölkern regiert, immer nur Objekt, nie Subjekt der Gesetzgebung, hat diese Deutschen im nahen europäischen Osten der Kriegsausgang jäh aus ihren alten staatlichen Verhältnissen gerissen und sie unbefragt, Objekt auch hier, wo sich Völker selbst bestimmen sollten, fremden Interessen untergeordnet. Dem Banat des früheren südlichen Ungarn stach irgendeine mechanische Hand mitten ins Herz, sie trennte es mitten entzwei, gab die linke Hälfte den Serben, die rechte den Rumänen, und von heute auf morgen waren Fäden zerrissen, die seit Jahrhunderten gesponnen, war staatlich die Schwester dem Bruder entzweit und das Kind dem Vater, und mancher Acker und mancher Hof lag auf rumänischem Boden, dessen Besitzer man über Nacht zum Serben genacht. Keine Befriedigung über das alles — bei denen nicht, die hier kriegsgeerbt, und auch bei denen nicht, die Objekt waren dieser Erdschaftsteilung. Ins Herz getroffen aber fühlen sich die Banater Schwaben, die, in theresianischer und josephinischer Zeit hier grenzschützend und kulturschaffend angesiedelt, ihre historische Aufgabe vollendet haben und nun als überflüssig betrachtet werden. Wenn dieser Grenzteilung ein Sinn und ein Zweck innewohnte, so nur der, daß durch Sprengung dieser Deutschen eine leichtere Aufsaugung durch die Herrschernationalen möglich gemacht werden soll.

Anders die Verhältnisse in Siebenbürgen, wozuneist weit von der Arad-Großwardeiner Grenze, hinten im Osten, die Sachsen leben. Hier hat auch kein Fragen stattgefunden, aber ethnographisch-rechnerisch gibt es in Siebenbürger 1½ Millionen Rumänen, 719 000 Magyaren und 234 000 Deutsche, und so war, weil keine rohe Verletzung des Nationalitätenprinzips stattfand und eine „tausendjährige Geschichte" nur wenig Gemütswert hat beim Sieger, die Teilung, wie sie geworden, unter der Mentalität der Nachkriegszeit nur selbstverständlich. Die Sachsen, indem sie die Ungarn die Waffen niederlegen sahen, fühlten sich schutzlos und aufgegeben von ihren seitherigen Herren, und, das bolschewistische Chaos vorausahnend, fügten sie sich in die neuen Verhältnisse. Seit acht Jahrhunderten gewohnt, Staatstreue zu halten, wenn diese vergolten wird mit gesetzlicher Achtung vor sächsischem Volkstum, leisteten sie, viele der siebenbürgischen Rumänenführer aus deren Kämpfen gegen Ungarn kennend und von ihnen physiologisches Verständnis für den Schutz der Minderheiten erwartend, in Mediasch im Januar 1919 den Treueid und erkannten ehrlich den neuen Stand der Dinge an, nachdem auch die 70 000 Deutschen der Bukowina, um mit der Mehrheit der Deutschen des Ostens in einem Staate zusammen zu sein, schon im November 1918 sich für Rumänien und gegen die Ukraine ausgesprochen und ausdrücklich das Bekenntnis zu Rumänien auch von den Sachsen gewünscht hatten. Im April 1919 folgten, um wohl dem bolschewistischen Chaos aus Rußland nicht zu verfallen und wohl auch aus Empörung gegen die Behandlung der Deutschen in Rußland zu Kriegszeiten, die 113 000 bessarabischen Deutschen, und im August 1919, als der Versailler Hexenkessel endlich klare, wenn auch trostlose Verhältnisse für die Banater Zukunft geschaffen hatte, auch die 222 000 Schwaben. Was das Deutschtum in Großrumänien anbelangt, konnte also die Bukarester Regierung schon in der Mitte des Jahres 1919 mit „loyalen Untertanen" rechnen.

Diese „loyale Untertanenschaft" hat in keiner Minute während der 30 Monate ausgesetzt, seit aus drei verschiedenen Reichen diese Ostdeutschen zum rumänischen Volke zugegliedert wurden, und all die unverantwortlichen Angriffe, die einzelne verständnislose rumänische Politiker von Zeit zu Zeit im Bukarester Parlament erheben, finden scharfe Ablehnung nicht nur von den Deutschen selbst, sondern besonders auch von jenen Rumänen, die nur zu genau den moralischen Wert dieser Deutschen kennen. Das Verhältnis aber der Deutschen zum rumänischen Staate basiert auf der Einhaltung eines Paktes durch die Rumänen, der am 1. Dezember 1918 schon geschlossen, dessen Inhalt gegengezeichnet wurde von der Krone und der gesetzlich anerkannt wurde vom großrumänischen Parlament. Es handelt sich um die sogenannten „Karlsburger Beschlüsse", die klug, verständnisvoll und freiwillig von den Rumänen im Augenblicke der Besitzergreifung vorgelegt wurden, und die den Minderheiten volle nationale Freiheiten, eigene Unterrichtssprache, Selbstverwaltung, eigene Rechtsprechung, Vertretung im Parlament und in der Regierung und volle Autonomie von Kirche und Konfession zusagten. Diese „Magna Charta", wie sie der seinerzeitige siebenbürgische Minister Goldis bezeichnete, bildet die Grundlage des größeren oder geringeren Vertrauensverhältnisses zwischen dem rumänischen Staate und seinen etwa fünf Millionen nationalen Minderheiten — aber es mußleider gesagt werden, daß die rumänische Regierung diese Fundamentalgrundsätze seither noch nicht allgemein und großzügig in die Tat umgesetzt hat. Die Deutschen sind zwar national frei, sie können sich politisch, wirtschaftlich und kulturell ent-

Die neuen Steuervorlagen.

Die Veröffentlichung der Gesetzentwürfe.

achdem die Reichsregierung dem Reichsrat und dem wirtschaftsrat die gesamten, bisher vom Kabinett ver-deten steuerlichen Gesetzentwürfe hat zugehen lassen, ie jetzt auch der Presse zur Veröffentlichung übergeben n, obwohl noch die Möglichkeit besteht, daß der Reichs-änderungen vornimmt, ehe sie dem Reichstag zur end-en Beschlußfassung überwiesen werden. Grundsätzlich wir uns bereits mehrfach zu dem Steuerbukett ge-t, so daß nunmehr nur eine kritische Beleuchtung der elnen Entwürfe in Frage kommen kann, die wir uns halten. Was wir an den Regierungsvorlagen vermissen, e lückenlose Ertragsberechnung, so daß die Frage, eit die neuen Steuern tatsächlich geeignet sind, das defizit des Etats und die Wiedergutmachungsannuitäten zu decken, auch jetzt noch durchaus offen bleibt. Aller-nuß zugegeben werden, daß bei den schwankenden wirt-chen und finanziellen Verhältnissen auch nur die Fest-g von Annäherungswerten bei der Ertragsberechnung s schwierig ist. Bei einer Reihe von Steuern hat man sucht.

m die Reichsregierung die weiteren Vorlagen bekannt-wird, die sich in der Hauptsache um die Erfassung achwerte, wahrscheinlich in der Form einer kapi-ierten Körperschaftssteuer und einer (ablös-Reichsgrundsteuer, drehen, steht noch nicht fest. Beratungen darüber im Schoße des Kabinetts noch bgeschlossen sind.

der ersten Beilage veröffentlichen wir wesentlichen Bestimmungen der neuen ervorlagen.

e Abrüstungsbewegung in Amerika.

Paris, 19. August. (W. T. B.)

„New York Herald" aus Washington meldet, hat Senator eine Entschließung eingebracht, in der die Herab-g der regulären Armee von 150 000 auf 100 000 verlangt wird. Davon verspricht sich hiervon eine Erspar-100 Millionen Dollars. Die Versuche mit Bomben-n auf Schlachtschiffe von Flugzeugen aus haben nach An-ohs ferner erwiesen, daß mindestens 240 Millionen Dollars amerikanische Flotte umsonst ausgegeben werden.

einer Meldung des „Eclair" aus Washington dringt King in Harding, Wilson zum Delegierten der tischen Regierung für die Abrüstungskonferenz zu ton zu ernennen. Der Gesundheitszustand des früheren ten habe sich bedeutend gebessert. (An der Bereitwilligkeit s, auf diesen Vorschlag einzugehen, wird man zweifeln Die Red.)

London, 19. August. (W. T. B.)

Washington wird gemeldet: Die britische Regierung hat im enhang mit der 12 Meilen von der Long-Island-entfernt erfolgten Beschlagnahme des britischen ers „Henri Marschall", der eine Ladung Branntwein gehabt haben soll, formell mitgeteilt, daß sie die Rechts-der Vereinigten Staaten über die hohe See außerhalb der vom Völkerrecht durchgesetzten Dreimeilenzone nicht anerkennen könne. Man erwartet jedoch, daß die britischen Behörden das Ergebnis der Gerichtsverhandlung und die endgültige Bestätigung der Registrierung des Schiffes abwarten werden, bevor ein Schritt unternommen wird.

Die kommende Entscheidung in Irland.

Nächtlicher Kronrat in London.

(Privatmeldung.)

London, 19. August.

Lloyd George erklärte heute in einer Rede im Unterhause über die irische Frage, die britische Regierung habe in ihrer Antwort an De Valera alle nur irgend möglichen Zugeständnisse gemacht. Nirgends in der Welt außer in Irland seien Stimmen laut geworden, daß die englische Regierung nicht das äußerste getan habe, um den Streit beizulegen. Die Verwerfung der britischen Vorschläge würde eine Herausforderung gegen die britische Regierung sein. Diese hoffe jedoch noch immer, daß die Gerechtigkeit siegen werde und daß die irischen Führer die größtmöglichste Freiheit welche ihrem Lande damals angeboten worden sei, nicht ausschlagen werden. Man sei der festen Hoffnung, sagte Lloyd George, daß sie nicht die Verantwortung für eine Erneuerung des Streites auf sich nehmen werde, was ein großes Unglück für Irland bedeuten würde. Komme es zu Verhandlungen, so werde nicht ein Vertrag mit Irland geschlossen, sondern ein englisches Gesetz erlassen werden. Wenn Sinnfein ablehnt, werde die Regierung sich an das Parlament wenden und dann zu Maßnahmen übergehen, die neue Kämpfe entfachen müßten.

Haag, 19. August.

„Manchester Guardian" erklärt sich für ermächtigt, darauf hinzuweisen, daß die in der irischen Presse eifrig erörterten „Vorbehalte" Lloyd Georges bis auf eine nach weiteren Verhandlungen unterworfen werden können. Eine dieser Vorbehalte ist eine ausdrückliche Untertänigkeitserklärung Irlands gegenüber dem englischen Thron.

London, 19. August. (W. T. B.)

Wie die Blätter melden, hielt der König vergangene Nacht um 2 Uhr einen Kronrat ab. Für heute nachmittag ist das Kabinett zu einer Sitzung einberufen. In Dublin ist gestern abend bekanntgegeben worden, daß das Sinnfeiner-Parlament die Antwort auf die Vorschläge der britischen Regierung am Montag in geheimer Sitzung erörtern wird.

Im Oberhause erklärte Lord Curzon, die Regierung habe Irland alles angeboten, was gegeben werden konnte, ohne die Sicherheit des Reiches, die Souveränität der Krone und die Einheit des britischen Reiches zu gefährden. Das Land stehe felsenfest gegen eine vollständige Abtrennung Irlands. Keine Regierung könne dies gewähren, sie würde Bürgerkrieg in Irland und den wirtschaftlichen Ruin Irlands bedeuten. Der Lordkanzler Lord Birkenhead erklärte, wenn die Verhandlungen zusammenbrechen sollten, **würde man zu Feindseligkeiten gezwungen werden, in einem Maße, wie dies bisher niemals Irland gegenüber geschehen** sei. Die **Regierung werde vor keinerlei Maßnahmen zurückschrecken,** die etwa notwendig werden könnten, um zu verhüten, daß ein wesentlicher Teil der britischen Inseln sich von der britischen Verfassung loslöge. Die Regierung stehe oder falle mit dem, was sie angeboten habe. Die Entscheidung, ob es angenommen oder verworfen werden solle, liege jetzt auf der anderen

Seite.